

Regierung jetzt den Auftrag erteilt, eine Verteidigungsplanung der USA ohne vorgeschobene US-Divisionen in Europa zu entwerfen.

Im „New York Times Magazine“ sprachen sich der Erfinder der Neutronenbombe, Samuel Cohen, und der ehemalige Berater von Reagan, Laurence Beilenson, nachdrücklich für einen totalen militärischen Rückzug der USA aus ganz Europa aus. Hintergrund dieser Empfehlungen ist nicht etwa der Gedanke an die anwachsende Friedensbewegung in Westeuropa. Es ist die Sorge um die Sicherheit der USA selbst.

Die Angst vor der „Versaftung“ amerikanischer Bürger durch Neutronenbomben in einem Kriegsfall in den USA: Dies ist etwa die Quintessenz aus den Rückzugsplädoyers von Cohen und Beilenson. Sollte in Europa ein Atomkrieg aus-

in einer „zu geringen Entfernung von der Front in Mitteleuropa“ stünden.

Noch gilt die militär-offizielle Version, daß die USA in Europa eigene Interessen „verteidigten“. Doch die neue Strategie besagt: Im Kriegsfall ist Europa „ausgewähltes“ atomares Schlachtfeld und anschließend eine Strahlenwüste. Da sind dann Interessen der USA kaum noch tangiert. Und an einer Versaftung von 350 000 US-Soldaten hier ist auch der Herr Weinberger nicht interessiert. Warum also nicht Rückzug vorher?

Diese Entwicklung liegt, aus entgegengesetzten Gründen, auch im unmittelbaren Interesse der Völker Europas. Wenn die amerikanischen Divisionen den alten Erdteil verlassen haben, erst dann könnte Europa die Chance haben, den rüstungsfreien, atomfreien Friedensweg einzuschlagen.

Die Inuit wehren sich

Sie fordern: „Grönland raus aus der EG!“

Die grönländischen Inuit (Eskimo) wollen raus aus dem Europäischen Gemeinsamen Markt. Für den Februar 1982 haben sie deshalb eine Volksabstimmung in Grönland durchgesetzt.

Schon 1972 hatten die Grönländer – im Rahmen der dänischen Volksabstimmung – mehrheitlich gegen eine EG-Mitgliedschaft gestimmt. Es nützte ihnen nichts. Zusammen mit ihrem „Mutterland“ Dänemark wurden sie in die EG integriert.

Seitdem haben die Konzerne freie Bahn: Die westdeutschen Fischer fangen die Dorsche vor den grönländischen Küsten, denn die Eskimo dürfen – als EG-Mitglied – ja auch im Mittelmeer fischen. Die westeuropäische Atomindustrie sichert sich das grönländische Uran, denn die Inuit dürfen – als EG-Mitglied – ja auch im Schwäbischen Wald nach Uran schürfen. Gleiche Rechte für alle!

Für Kultur, Sozialleben und Identität der Inuit bedeutet das den Ruin. Darum wehren sie sich. 1979 erhielten sie von Dänemark die (halbe) Selbstverwaltung, und bei der ersten Wahl erreichten die Sozialisten, die für die nationale Abkoppelung vom „Mutterland“ eintreten, die Mehrheit. Doch die Regierung ist machtlos, solange die Entscheidungen über die Köpfe der Grönländer hinweg in Brüssel gefällt werden. Darum fordern die Inuit mit Blick auf die Volksabstimmung im Februar 1982: „Grönland raus aus der EG!“

Eine solche demokratische Entscheidung der Grönländer, die zu Recht um ihre nationale Existenz fürchten, hätte Signalwirkung in ganz Europa. So meint man jedenfalls in Brüssel. Und darum investiert die EG gegenwärtig in die Stimmungsmache in Grönland. Mit relativ geringem Finanzeinsatz (hier eine Turnhalle, dort ein Zuschuß aus dem Sozialfonds) kann man einiges bewirken. Die Inuit aber, die Seehundjäger, Fischer und Arbeiter, haben dem kaum etwas entgegengesetzt außer ihrer Hoffnung auf Selbstbestimmung. Europa kann nur dann seine kulturelle Eigenständigkeit und Vielfalt verteidigen, seine Tier- und Pflanzenwelt bewahren und in der Auseinandersetzung mit den imperialen Führungsmächten ein neues, an alte Traditionen anknüpfendes Zivilisationsmodell entwickeln, wenn es gerade den kleinen Völkern Entfaltungsmöglichkeiten läßt. Internationale und europäische Solidarität muß daher die Verteidigung der Lebensrechte derjenigen Völker einschließen, die ohne Unterstützung von Angehörigen großer Nationen keine Chance haben, sich zu behaupten.

Darum appellieren die Grönländer heute an die Welt, besonders an die Völker Westeuropas, um Hilfe. Gerade wir Deutschen sind angesprochen, da insbesondere deutsche Konzerne massiv in Grönland eindringen.

Unterstützungskomitee für die Selbstbestimmung der Inuit auf Grönland

Anschrift: Rohland Wehl, Am Volkspark 81, 1000 Berlin 31

Grüne begrüßen Austritt Coppeliks

Manfred Coppelik: Kooperation mit den Grünen

Der Bundesvorstand der Grünen gab zum Austritt Manfred Coppeliks aus der SPD folgende Stellungnahme ab:

DIE GRÜNEN begrüßen die längst überfällige Entscheidung von Manfred Coppelik, die SPD zu verlassen. Es ist erstaunlich, wie viele Mitglieder der SPD, die sich als demokratische, umweltbewußte und friedensbewegte Sozialisten verstehen, sich noch immer an eine Partei klammern, deren Strukturen verkrustet und programmatische Ziel-

setzung insgesamt – insbesondere in ökologischer, friedenspolitischer und ökonomischer Hinsicht korrumpiert sind.

Der Aufruf zu einer öffentlichen Diskussion über politische, parlamentarische Strategien gegen den herrschenden Block der SPD, CDU, FDP entspricht dem Bedürfnis vieler Menschen: Der Versuch, neben GRÜNEN und Alternativen eine weitere parlamentarische Opposition links von der SPD aufzubauen, wird der historischen Notwen-

tential in der Bundesrepublik im Kampf gegen den herrschenden Block zu stärken miteinzufassen. Deswegen kann jeder in jeder Organisationsform sehr gut sein, daß sie nicht gegen die bestehende Organisation der GRÜNEN gerichtet ist, sondern in Kooperation mit dieser Organisationsform. Die Probleme sind zu groß vor denen insbesondere wenn mit der Raketenstrategie in unserem Land begonnen wird. Die Probleme sind zu groß, als daß wir uns im Vorfeld leisten könnten, kleinkarierte Streitigkeiten in der Organisationseifersüchteleien auszutreiben. Ich kann nur sagen, ich reiche meine Hand, der auf der Grundlage gemeinsamer Vorstellungen von Friedenssicherung, sozialer Gerechtigkeit und Schutz der natürlichen Grundlagen zur Zusammenarbeit bereit.

Gesagt wurde

„Wir, nicht die SPD, sind die Partei der Arbeitnehmer.“

Alfred Dregger, CDU-Chef im Ministerpräsidentenwahlkampf, und (dazu erinnert: die FDP als „Friedensschutz“, die SPD als „Friedensweils in ihrer „Selbstzuerkennung“

„Sie (die Rüstungskonzerne) üben Druck aus, aber ohne die in unser demokratisches System eingebauten Kontrollen und Ausgleichskräfte.“

US-Admiral Hyman Rickover, der US-U-Boot-Flotte, 82-jährig, meinsamen Wirtschaftsausschusses Häuser des Kongresses – er Wunsch Reagans aus dem Die Admiral empfahl das Verteidigungsräum „abzuschaffen“ und erklärt hätten bereits mehr als genug

„Brunnenvergiftung und Verleumdung wenn „die Grünen davon reden, daß hundert „Selbstmordarbeitsplätze“ würden.“

Bayerns Umweltminister Alfred in Schwandorf/Oberpfalz, wo Regierung die Plutoniumfabriken haben will. Mehr als 3000 Bürger ten dagegen Ende Januar. An planen die Bürgerinitiativen eine weite Großdemonstration“ geg

„Ich will nicht von Bord gehen.“

SPD-Kanzler Helmut Schmidt, derschäftlichen Parteitag der SPD in Niedersachsen wurde auf gebracht).

„Wer aussteigen will, muß wissen. Regierungsfähigkeit der Sozialdemokratie endet.“

SPD-Chef Rothemann, Bayerische Parteitag in Augsburg – Bayern über den NATO-Hochrüstung im Herbst 1983 entscheiden!

„Ich warne davor, so zu tun, als würdest du nicht mehr nein sagen können.“

Egon Bahr, SPD-Sicherheitsstungsexperte, auf dem SPD Parteitag in Augsburg, über den Rüstungsbeschluß und die SPD ten 1983 (Herbst) – schon im halt-1982 stehen für Raketen 50 Millionen Mark zur sofortigen dung.

„Die Grünen“ vom 6.2.82